

# Amtsblatt

## der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

### Teil I

Nummer 10

Ausgegeben in München am 30. Mai 2007

Jahrgang 2007

### Inhalt

Seite

<b>I. Rechtsvorschriften</b>	—
<b>II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst</b>	
Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe bei Schulstörern .....	170
Austritt aus einer Kirche, Religionsgemeinschaft oder weltanschaulichen Gemeinschaft, die Körperschaft des öffentlichen Rechts ist .....	173
Beschäftigung von Lektoren (Lektorenordnung – LektO) .....	177
Stoffpläne für die Ausbildung der Beamten des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes .....	178
Änderung der Bekanntmachung über die Unterrichtspflichtzeit der Lehrer und Fachlehrer an Grundschulen und Hauptschulen .....	184
Änderung der Bekanntmachung über die Unterrichtspflichtzeit an Förderschulen (einschließlich Schulvorbereitenden Einrichtungen) und an Schulen für Kranke ..	184
Zulassung von Lernmitteln .....	184
<b>III. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsregierung, anderer bayerischer Staatsministerien und sonstiger Stellen</b>	—

## II. Bekanntmachungen der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus und Wissenschaft, Forschung und Kunst

2230.1.1.0-UK

### Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe bei Schulstörern

#### Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien für Unterricht und Kultus sowie für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

**vom 19. Februar 2007 Az.: IV.9-5 S 4313-6.16 246**

Zum Vollzug von Art. 86 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6a und Abs. 6, Art. 31 Abs. 1 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) und von Art. 81 Nr. 1 des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) werden folgende Richtlinien erlassen:

Mit Gesetz vom 26. Juli 2006 (GVBl S. 390) wurde das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen bei den „Ordnungsmaßnahmen als Erziehungsaufgaben“ ergänzt: Unter strenger Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes besteht für die Schulen die Möglichkeit, ab dem siebten Schulbesuchsjahr einen Schulausschluss über vier Wochen hinaus, längstens bis zum Schuljahresende zu beschließen (Art. 86 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6a BayEUG). Ferner besteht in begründeten Einzelfällen – als ultima ratio – die Möglichkeit, bei der Schulaufsichtsbehörde die Beendigung der Vollzeitschulpflicht frühestens nach Ablauf des achten Schulbesuchsjahrs, d. h. nachdem die allgemein bildende Schule acht Jahre besucht wurde, oder die Beendigung der Berufsschulpflicht zu beantragen (Art. 86 Abs. 6 BayEUG). Der Gesetzgeber selbst ging bei seiner Entscheidung für den längerfristigen Schulausschluss und die Verkürzung der Schulpflicht davon aus, dass es sich um eine sehr kleine Zahl von Schülerinnen und Schülern handelt, für die diese gravierenden Maßnahmen in Betracht kommen (geschätzte Zahlen laut Begründung des Gesetzentwurfs: ca. 25 Fälle pro Jahr beim Schulausschluss und ca. fünf Fälle bei der Verkürzung der Vollzeit- und der Berufsschulpflicht).

Sowohl der Schulausschluss über vier Wochen hinaus als auch die Verkürzung der Schulpflicht setzen nach Art. 86 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6 bzw. Abs. 6 BayEUG das Einvernehmen, d. h. die Zustimmung des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe (Jugendamt) voraus. Art. 86 Abs. 11 BayEUG regelt das zwingend einzuhaltende Verfahren zur Beteiligung des Jugendamtes nach der schulinternen Entscheidung der Lehrerkonferenz über den Schulausschluss bzw. nach der

ebenfalls zunächst noch internen Entscheidung der Schulaufsichtsbehörde, die Schulpflicht zu verkürzen: Die Entscheidung der Lehrerkonferenz bzw. der Schulaufsichtsbehörde ist dem Jugendamt schriftlich mitzuteilen (Art. 86 Abs. 11 Satz 1 BayEUG); wenn das Jugendamt nicht widerspricht, gilt die Zustimmung des Jugendamtes nach Fristablauf als erteilt (Art. 86 Abs. 11 Sätze 2 und 3 BayEUG).

Über dieses bei den vorgenannten Ordnungsmaßnahmen gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsverfahren hinaus soll nach Maßgabe der nachfolgenden Regelungen die Jugendhilfe nach den jeweiligen Umständen des Einzelfalles möglichst frühzeitig und damit im Vorfeld der schulischen Entscheidung einbezogen werden:

#### **1. Beteiligung des Jugendamtes im Zusammenhang mit Ordnungsmaßnahmen nach Art. 86 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6a und Abs. 6 BayEUG:**

Werden aufgrund aktueller Vorkommnisse und Umstände seitens der Schule Maßnahmen des Schulausschlusses über vier Wochen hinaus nach Art. 86 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6a BayEUG bzw. zur Verkürzung der Schulpflicht nach Art. 86 Abs. 6 BayEUG erwogen, so ist die Leitung des zuständigen Jugendamtes nach Maßgabe des Art. 31 Abs. 1 Satz 2 BayEUG umgehend und umfassend über die geplanten Ordnungsmaßnahmen sowie über Anlass und Umstände für die Maßnahmen zu informieren. Im Hinblick auf die bei solchen Ordnungsmaßnahmen vorliegenden erheblichen Verhaltensauffälligkeiten sind die Voraussetzungen für eine Weitergabe der Schülerdaten an das Jugendamt regelmäßig gegeben.

Beabsichtigt die Schulleitung den längerfristigen Schulausschluss bzw. die Verkürzung der Schulpflicht einer Schülerin oder eines Schülers auf die Tagesordnung der (nächsten) Lehrerkonferenz zu setzen, so ist dem Jugendamt rechtzeitig zuvor Gelegenheit zur Beteiligung zu geben; das Jugendamt hat dabei die datenschutzrechtlichen Vorschriften des Achten Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) zu beachten. Wie viel Zeit dem Jugendamt zur Äußerung eingeräumt wird, hängt von den Umständen des Einzelfalles, insbesondere von der Dringlichkeit einer Entscheidung durch die Lehrerkonferenz ab. Es wird in diesem Zusammenhang auf die ebenfalls mit Gesetz vom 26. Juli 2006 in Art. 86 Abs. 13 BayEUG geschaffene Möglichkeit hingewiesen, in akuten Gefährdungssituationen gewaltbereite oder gewalttätige Schülerinnen und Schüler sofort vom Besuch der Schule auszuschließen. Dieser Ausschluss dauert „längstens bis zur Vollziehbarkeit einer

Entscheidung über schulische Ordnungsmaßnahmen, über die Überweisung an eine Förderschule, eine Aufnahme in eine Schule für Kranke oder in eine andere Einrichtung, in der die Schulpflicht erfüllt werden kann“ (Art. 86 Abs. 12 Satz 1 BayEUG). Das Jugendamt ist nach Art. 86 Abs. 13 Satz 2 BayEUG unverzüglich davon zu unterrichten. Die Schule hat damit die Möglichkeit erhalten, erst den Schüler bzw. die Schülerin vorläufig zum Schutz von Mitschülern und Lehrkräften auszuschließen und danach ggf. über den Schulausschluss nach Art. 86 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6a BayEUG bzw. über einen Antrag auf Verkürzung der Schulpflicht zu entscheiden.

Die Ergebnisse der Beteiligung des Jugendamtes sind der Lehrerkonferenz vor der Sitzung zur Kenntnis zu geben. Daneben hat die Schulleitung einem Vertreter oder einer Vertreterin des Jugendamtes die Gelegenheit zur Äußerung in der Lehrerkonferenz zu geben (vgl. „Behördenvertreter“ z. B. im Sinne des § 43 Abs. 2 Satz 1 VSO); ein umfassendes Teilnahmerecht an der Lehrerkonferenz ist damit nicht verbunden.

Bei der (schulinternen) Entscheidung der Lehrerkonferenz über den Schulausschluss bzw. über die Beantragung der Verkürzung der Schulpflicht sind die Äußerungen des Jugendamtes von der Lehrerkonferenz zu würdigen.

Beschließt die Lehrerkonferenz einen Schulausschluss über vier Wochen hinaus, übermittelt die Schulleitung der Leitung des Jugendamtes die Entscheidung der Lehrerkonferenz. Die Entscheidung ist zu begründen.

Beschließt die Lehrerkonferenz die Beantragung der Beendigung der Vollzeitschulpflicht bzw. Berufsschulpflicht nach Art. 86 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 bzw. 3, Satz 2 BayEUG, benachrichtigt die Schulleitung das Jugendamt vom Beschluss der Lehrerkonferenz und übermittelt der für die jeweilige Schulart zuständigen Schulaufsichtsbehörde den Antrag der Lehrerkonferenz nebst Begründung zusammen mit der schriftlichen Stellungnahme des Jugendamtes und den sonstigen Unterlagen einschließlich des Protokolls der Lehrerkonferenz und etwaiger Stellungnahmen der schulischen Beratungsfachkräfte. Die Schulaufsichtsbehörde teilt ihren Entschluss über die Verkürzung der Schulpflicht der Leitung des Jugendamtes mit; dies gilt auch für den Fall, dass sie sich gegen eine Verkürzung der Schulpflicht entscheidet. Die Entscheidung ist schriftlich zu begründen, insbesondere im Hinblick darauf, warum keine andere Maßnahme in Betracht kommt (vgl. „ultima ratio“).

Zusätzlich zur Beendigung der Vollzeitschulpflicht nach Art. 86 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 BayEUG kann die Schulaufsichtsbehörde beschließen, dass auch die Berufsschulpflicht nach Art. 86 Abs. 6 Satz 1 Nr. 2 BayEUG beendet wird; sie prüft dies von Amts wegen, eines Antrages der Lehrerkonferenz bedarf es nicht. Die Entscheidung ist ebenfalls schriftlich zu begründen.

Erteilt das Jugendamt sein Einvernehmen oder gilt es nach Art. 86 Abs. 11 Satz 2 BayEUG als er-

teilt, erlässt die Schule im Fall des längerfristigen Schulausschlusses bzw. die zuständige Schulaufsichtsbehörde im Fall der Verkürzung der Schulpflicht die entsprechende Ordnungsmaßnahme.

Mit Zustimmung der Personensorgeberechtigten berichtet das Jugendamt auf der Grundlage des Hilfeplans – über die Schulleitung – der Schulaufsichtsbehörde in regelmäßigen Abständen, erstmalig spätestens nach acht Wochen, von der Verhaltensentwicklung des oder der Jugendlichen im Hinblick auf eine mögliche Rückkehr an die Schule (vgl. Aufhebung der Ordnungsmaßnahme bzw. der Verkürzung der Schulpflicht nach Art. 86 Abs. 12 Satz 4 BayEUG). Da eine solche nur in Frage kommt, wenn ein insgesamt positiver Prozess in Gang gesetzt werden konnte, ist davon auszugehen, dass die Personensorgeberechtigten ihr Einvernehmen zu dieser Datenübermittlung im Rahmen des Hilfeplangesprächs erteilen. Lässt sich keine positive Entwicklung feststellen, teilt das Jugendamt über die Schulleitung der Schulaufsichtsbehörde nur mit, dass bisher keine Erkenntnisse vorliegen, die für eine Aufhebung der Ordnungsmaßnahme sprechen.

Erteilt das Jugendamt sein Einvernehmen nicht, so teilt es dies unter Angabe von Gründen der Schulleitung bzw. der Schulaufsichtsbehörde schriftlich mit. Für den weiteren Umgang mit dem Schulstörer oder der Schulstörerin gelten dann die Grundsätze für die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe, wie sie in den unter Nr. 2.1 genannten Bekanntmachungen, insbesondere in der Handreichung „Gemeinsam geht's besser“ beschrieben sind.

## **2. Allgemeine Regeln zur Unterrichtung des Jugendamtes:**

Die Beteiligung des Jugendamtes ist nicht auf die zuvor beschriebenen Maßnahmen nach Art. 86 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6a und Abs. 6 BayEUG beschränkt. Es gilt ganz allgemein, dass erhebliche Verhaltensauffälligkeiten bei Schülern nicht nur schulische Antworten, sondern entsprechend des jeweiligen Einzelfalls auch häufig Jugendhilfemaßnahmen erfordern. Die Schulen sind gemäß Art. 31 BayEUG, die Träger der Jugendhilfe gemäß § 81 Nr. 1 SGB VIII wechselseitig zur Zusammenarbeit verpflichtet.

### **2.1 Bekanntmachungen und Publikationen**

Die Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe ist bereits Gegenstand folgender Bekanntmachungen:

- Hinweise an die öffentlichen Schulen zum Verhalten bei strafrechtlich relevanten Vorkommnissen und zur Beteiligung des Jugendamtes, Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 19. Mai 1982 (KMBl I S. 83);
- Richtlinien über die Koordination der Zusammenarbeit und über regelmäßige gemeinsame Besprechungen zwischen Jugendämtern und Schulen, Gemeinsame Bekanntmachung vom 13. August 1996 (KWMBI I S. 337);

- Verbesserung der Zusammenarbeit bei der Verhütung der Jugendkriminalität, Gemeinsame Bekanntmachung vom 3. März 1999 (KWMBI I S. 103).

Darüber hinaus wurde im Jahr 2000 die Publikation „Gemeinsam geht's besser – Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe“ von den Staatsministerien für Unterricht und Kultus sowie Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen veröffentlicht.

## 2.2 Frühzeitige Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe

Eine frühzeitige Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe ist bei erheblichen Verhaltensauffälligkeiten von Schülerinnen und Schülern anzustreben um diesen zu helfen, ihr Verhalten zu verbessern, und ggf. außerschulische Ursachen für die Verhaltensauffälligkeiten zu beseitigen oder zu mildern. Dabei hat jede Schule vor Ort ein für alle Lehrkräfte verbindliches Verfahren zum Umgang mit erheblichen Verhaltensauffälligkeiten von Schülerinnen und Schülern im Zusammenwirken mit dem Jugendamt und gegebenenfalls der Jugendsozialarbeit an Schulen zu entwickeln. Die Fortschreibung der Absprachen und des Verfahrens erfolgt dann in den jährlichen Besprechungen gemäß Gemeinsamer Bekanntmachung vom 13. August 1996 (KWMBI I S. 337). Die Ansprechpartner der Schule für die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe koordinieren den Ablauf der Zusammenarbeit.

## 2.3 Rahmenbedingungen für die Einschaltung des Jugendamtes durch die Schule

Die Staatsministerien gehen bei der frühzeitigen Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe von folgenden Rahmenbedingungen für die Einschaltung des Jugendamtes aus:

Nach § 31 Abs. 1 Satz 2 BayEUG soll die Schule das zuständige Jugendamt unterrichten, wenn Tatsachen bekannt werden, die darauf schließen lassen, dass das Wohl einer Schülerin oder eines Schülers ernsthaft gefährdet oder beeinträchtigt ist und deshalb Maßnahmen der Jugendhilfe notwendig sind. Die Schulen „sollen“ das Jugendamt unterrichten bedeutet, dass die Unterrichtung nur dann unterbleiben darf, wenn dies im Einzelfall aus besonderen Gründen erforderlich erscheint.

Eine Unterrichtung des Jugendamtes ist regelmäßig bei erheblichen Verhaltensauffälligkeiten von Schülern geboten, da nicht nur die anderen Mitschüler beeinträchtigt werden, sondern häufig – damit verbunden – eine Gefährdung des Kindeswohls des Schülers selbst vorliegt, die eine Jugendhilfemaßnahme in Betracht kommen lässt. Zu den Verhaltensauffälligkeiten, die eine Einschaltung des Jugendamtes erforderlich machen, gehören vor allem:

- schwerwiegende Gewalthandlungen gegen Mitschülerinnen, Mitschüler und Lehrkräfte;
- sonstige Straftaten in der Schule, die den Bagatelldeliktcharakter wesentlich überschreiten (z. B. sexuelle Nötigung, Erpressung);

- Sachbeschädigungen in erheblichem Umfang und mit deutlich kriminellem Potential;
- Drogenkonsum und -handel in der Schule (s. dazu im Einzelnen die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 19. Mai 1982 (KWMBI I S. 83));
- Mitführen und Einsatz von Waffen oder vergleichbarer Gegenstände.

Diese Kriterien gelten unabhängig davon, ob der Schüler oder die Schülerin strafmündig ist.

Kommt es zu den vorgenannten erheblichen Verhaltensauffälligkeiten ist datenschutzrechtlich die Weitergabe der Daten des Schülers an das Jugendamt durch Art. 85 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit Art. 31 Abs. 1 Satz 2 BayEUG zulässig. Die Weitergabe sollte aber – nach Möglichkeit – im Einvernehmen mit den Personensorgeberechtigten erfolgen, um deren Mitwirkungsbereitschaft nicht zu gefährden; die Einbeziehung der Personensorgeberechtigten erfolgt im Hinblick auf mögliche Jugendhilfemaßnahmen und auf die in Art. 2 Abs. 3 BayEUG vorgesehene vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus. Unterhalb der Schwelle des Art. 31 Abs. 1 Satz 2 BayEUG ist eine Weitergabe der Daten ohne oder gegen den Willen des Berechtigten bzw. seiner Personensorgeberechtigten an das Jugendamt nicht möglich. Die Schule sollte jedoch – sofern eine Einschaltung des Jugendamtes sinnvoll ist – die Personensorgeberechtigten zur Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe eindringlich auffordern, um Zustimmung zur Weitergabe der Schülerdaten bitten und nach Absprache mit den Personensorgeberechtigten das Jugendamt zum Elterngespräch einladen. Liegt keine Einwilligung vor oder ist die Zulässigkeit der Weitergabe zweifelhaft, besteht die Möglichkeit, den Kontakt zum Jugendamt ohne Weitergabe von personenbezogenen Daten aufzunehmen und Fragen des pädagogischen Umgangs mit der verhaltensauffälligen Schülerin oder dem Schüler in anonymisierter Form zwischen Schule und Jugendhilfe abzuklären.

## 3. Inkrafttreten

Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 19. Februar 2007 in Kraft.

Bayerisches Staatsministerium  
für Unterricht und Kultus

Erhard  
Ministerialdirektor

Bayerisches Staatsministerium  
für Arbeit und Sozialordnung,  
Familie und Frauen

Seitz  
Ministerialdirektor

2220-I

**Austritt aus einer Kirche,  
Religionsgemeinschaft oder  
weltanschaulichen Gemeinschaft,  
die Körperschaft des öffentlichen  
Rechts ist**

**Gemeinsame Bekanntmachung  
der Bayerischen Staatsministerien  
des Innern  
und  
für Unterricht und Kultus**

**vom 8. März 2007 Az.: IA3-2007-3 und  
I.4-5 K 5020.5-5.90 136**

Inhaltsübersicht

1. Grundsätze zur Austrittserklärung
2. Geltungsbereich
3. Zuständiges Standesamt
4. Persönliche Voraussetzungen des Austrittswilligen
5. Austrittserklärungen minderjähriger Personen
6. Bestimmtheit der Austrittserklärung
7. Wirksamkeit der Austrittserklärung
8. Zurückweisung einer Austrittserklärung durch das Standesamt
9. Niederschrift über die mündliche Austrittserklärung
10. Bestätigung der Austrittserklärung
11. Kosten
12. Übertritt von einer Kirche zu einer anderen
13. Mitteilungen an andere Behörden
14. Aufbewahrung der Austrittserklärungen
15. Schlussbestimmung

**1. Grundsätze zur Austrittserklärung**

- 1.1 <sup>1</sup>Nach Art. 3 Abs. 4 KirchStG bedarf der Austritt aus einer Kirche, Religionsgemeinschaft oder weltanschaulichen Gemeinschaft, die Körperschaft des öffentlichen Rechts ist, zur öffentlich-rechtlichen Wirkung der mündlichen oder schriftlichen Erklärung beim Standesamt. <sup>2</sup>Diese staatliche Normierung des Austritts trägt der verfassungsrechtlich gewährleisteten Religionsfreiheit Rechnung. <sup>3</sup>Durch das Kirchenaustrittsrecht garantiert der Staat dem Bürger dieses Recht.
- 1.2 <sup>1</sup>Die Austrittserklärung ist eine amtsempfangsbedürftige rechtsgestaltende Willenserklärung. <sup>2</sup>Sie hat umfassende rechtliche Wirkung, die sich nicht nur auf den Bereich des Kirchensteuerrechts beschränkt. <sup>3</sup>Über die innerkirchlichen Wirkungen des Kirchenaustritts kann dagegen nach dem Verfassungsrecht der Staat nicht befinden; sie ergeben sich allein aus den innerkirchlichen Regelungen.

**2. Geltungsbereich**

- 2.1 <sup>1</sup>Eine Austrittserklärung nach Art. 3 Abs. 4 KirchStG ist unabhängig davon zulässig, ob die jeweilige Körperschaft des öffentlichen Rechts tatsächlich Kirchensteuer erhebt oder nicht. <sup>2</sup>Folgende Kirchen, Religionsgemeinschaften und weltanschaulichen Gemeinschaften sind als Körperschaften des öffentlichen Rechts anerkannt:
  - a) die Römisch-Katholische Kirche,
  - b) die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern,
  - c) die Evangelisch-reformierte Kirche in Bayern,
  - d) die Alt-Katholische Kirche im Freistaat Bayern,
  - e) die Evangelisch-methodistische Kirche,
  - f) die Vereinigung Bayerischer Mennonitengemeinden,
  - g) die Russisch-Orthodoxe Kirche im Ausland,
  - h) die israelitischen Kultusgemeinden in Bayern,
  - i) die Christian Science in Bayern,
  - j) die Neuapostolische Kirche Süddeutschland,
  - k) die Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten in Bayern,
  - l) die Christengemeinschaft in Bayern,
  - m) die Griechisch-Orthodoxe Metropolie von Deutschland,
  - n) der Bund für Geistesfreiheit in München, Fürth, Augsburg und Schweinfurt sowie der Humanistische Verband Deutschlands – Nürnberg,
  - o) der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland,
  - p) der Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden,
  - q) die Rumänische Orthodoxe Metropolie für Deutschland, Zentral- und Nordeuropa.<sup>3</sup>Die Austrittserklärung im Fall von Buchst. h lautet, dass der Austritt aus dem israelitischen Bekenntnis erfolgt (Art. 2 Abs. 1 KirchStG).  
<sup>4</sup>Die Anerkennung weiterer Kirchen, Religionsgemeinschaften und weltanschaulicher Gemeinschaften als Körperschaft des öffentlichen Rechts wird im Staatsanzeiger bekannt gegeben.
- 2.2 <sup>1</sup>Der Austritt aus Kirchen, Religionsgemeinschaften und weltanschaulichen Gemeinschaften, die nicht Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, bedarf nicht der Mitwirkung des Standesamtes. <sup>2</sup>Der Austritt ist gegenüber der jeweiligen Gemeinschaft zu erklären.



### 3. Zuständiges Standesamt

3.1 <sup>1</sup>Für den Empfang der Austrittserklärung ist das Standesamt zuständig, in dessen Bezirk der Erklärende seinen Wohnsitz, beim Fehlen eines Wohnsitzes seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat (§ 2 Abs. 1 AVKirchStG). <sup>2</sup>Unter mehreren zuständigen Standesämtern hat der Erklärende die Wahl. <sup>3</sup>Hat ein Deutscher im Bundesgebiet keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt, ist er aber in Bayern kirchensteuerpflichtig, so ist für den Empfang das Standesamt München zuständig.

3.2 <sup>1</sup>Ausländische Staatsangehörige, die ihren Wohnsitz oder den gewöhnlichen Aufenthalt in Bayern haben, können den Austritt gegenüber dem örtlich zuständigen Standesamt erklären (§ 2 Abs. 1 Satz 4 AVKirchStG). <sup>2</sup>Ob die Austrittserklärung nach dem Heimatrecht des ausländischen Staatsangehörigen wirksam wird, ist unerheblich.

3.3 <sup>1</sup>Ist ein Standesamt örtlich nicht zuständig, hat es den Erklärungswilligen an das zuständige Standesamt zu verweisen. <sup>2</sup>Schriftliche Austrittserklärungen, die bei einem unzuständigen Standesamt eingehen, sind umgehend an das zuständige Standesamt weiterzuleiten. <sup>3</sup>Der Betroffene ist von der Abgabe zu verständigen.

### 4. Persönliche Voraussetzungen des Austrittswilligen

4.1 <sup>1</sup>Die Austrittserklärung ist eine höchstpersönliche Willenserklärung. <sup>2</sup>Sie kann grundsätzlich nur von volljährigen geschäftsfähigen Personen abgegeben werden. <sup>3</sup>Die Austrittserklärung eines Geschäftsunfähigen ist nichtig (§ 105 Abs. 1 BGB).

<sup>4</sup>Volljährige, für die nach § 1896 BGB vom Vormundschaftsgericht ein Betreuer bestellt ist, können den Austritt ohne Zustimmung des Betreuers erklären. <sup>5</sup>Der Betreuer kann den Austritt für den Betreuten nicht erklären.

<sup>6</sup>Bei der Prüfung der Geschäftsfähigkeit ist Folgendes zu beachten:

<sup>7</sup>Die Möglichkeit eines Religionswechsels ist Betätigung des Grundrechts der Glaubensfreiheit. <sup>8</sup>Aus Art. 4 GG wird deshalb abgeleitet, dass in genauester Weise zu prüfen ist, ob tatsächlich eine umfassende, dauernde Geschäftsunfähigkeit vorliegt. <sup>9</sup>Sollte sich zum Beispiel ergeben, dass noch eine Einsichtsfähigkeit entsprechend der eines Minderjährigen vorhanden ist, wäre auch die rechtliche Fähigkeit des Betreuten anzunehmen, einen Kirchnaustritt zu erklären. <sup>10</sup>Diese Frage sollte der Standesbeamte mit dem Betreuer klären.

4.2 <sup>1</sup>Soll die Austrittserklärung schriftlich oder mündlich durch einen Vertreter abgegeben werden, hat dieser dafür eine ausdrückliche schriftliche Vollmacht des Austrittswilligen vorzulegen. <sup>2</sup>Die Unterschrift des Vollmachtgebers bedarf der öffentlichen Beglaubigung (§ 2 Abs. 3 AVKirchStG).

### 5. Austrittserklärungen minderjähriger Personen

5.1 <sup>1</sup>Nach § 5 Satz 1 des Gesetzes über die religiöse Kindererziehung (RKEG) steht einem Kind nach Vollendung des 14. Lebensjahres die Entscheidung darüber zu, welchem religiösen Bekenntnis es angehören will. <sup>2</sup>Diese Entscheidungsmöglichkeit umfasst auch das Recht, aus einer Kirche, Religionsgemeinschaft oder weltanschaulichen Gemeinschaft auszutreten. <sup>3</sup>Ein Minderjähriger, der das 14. Lebensjahr vollendet hat, kann daher die Austrittserklärung selbst abgeben. <sup>4</sup>Eine Mitwirkung seines gesetzlichen Vertreters ist nicht erforderlich.

5.2 <sup>1</sup>Hat ein Kind das 12. Lebensjahr, aber noch nicht das 14. Lebensjahr vollendet, und erklärt sein gesetzlicher Vertreter den Austritt des Kindes aus einer Kirche, Religionsgemeinschaft oder weltanschaulichen Gemeinschaft, bedarf es der Zustimmung des Kindes zu dieser Erklärung (§ 5 Satz 2 RKEG). <sup>2</sup>Das Kind kann den Austritt auch selbst erklären, es bedarf hierzu der Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters. <sup>3</sup>Die jeweilige Zustimmung kann mündlich zur Niederschrift des Standesbeamten erklärt werden. <sup>4</sup>Bei der schriftlichen Zustimmung ist eine notarielle Beglaubigung (§ 129 BGB) der Unterschrift des Kindes bzw. des gesetzlichen Vertreters erforderlich.

5.3 Im Übrigen kann die Austrittserklärung für ein Kind, welches das 7. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, nur von seinem gesetzlichen Vertreter, für ein Kind, welches das 7., aber noch nicht das 12. Lebensjahr vollendet hat, von seinem gesetzlichen Vertreter oder von dem Kind selbst mit Zustimmung seines gesetzlichen Vertreters abgegeben werden.

5.4 Die Vorschriften des Gesetzes über die religiöse Kindererziehung finden in aller Regel auch auf Kinder mit ausländischer Staatsangehörigkeit Anwendung.

5.5 <sup>1</sup>Die gesetzliche Vertretung ergibt sich grundsätzlich aus den Bestimmungen des EGBGB und des BGB. <sup>2</sup>Bei der Abgabe von Austrittserklärungen für Kinder unter 14 Jahren ist dabei nach Maßgabe des Gesetzes über die religiöse Kindererziehung Folgendes zu beachten:

5.5.1 <sup>1</sup>Haben die Eltern das gemeinsame Sorgerecht, können sie den Kirchnaustritt des Kindes nur gemeinsam erklären (§ 1 RKEG). <sup>2</sup>Einigen sich die Eltern über den Kirchnaustritt des Kindes nicht, kann die Zustimmung des einen Elternteils durch die Entscheidung des Vormundschaftsgerichtes ersetzt werden (§ 2 Abs. 3 RKEG). <sup>3</sup>Dies gilt auch, wenn das Sorgerecht eines Elternteils ruht (§§ 1673 bis 1675 BGB).

5.5.2 <sup>1</sup>In keinem Fall sind Pflegeeltern oder Stiefeltern berechtigt, den Kirchnaustritt für das ihnen anvertraute oder in der Familie lebende Kind zu erklären. <sup>2</sup>Dies gilt auch, wenn eine der genannten Personen als Vormund oder Pfleger für das Kind bestellt ist (§ 3 Abs. 2 Satz 6 RKEG).

5.5.3 <sup>1</sup>Steht dem Vater oder der Mutter eines Kindes das Recht der Personensorge neben einem für das Kind bestellten Vormund oder Pfleger zu, geht bei einer Meinungsverschiedenheit über die Bestimmung des religiösen Bekenntnisses die Meinung des Vaters oder der Mutter vor (§ 3 Abs. 1 RKEG). <sup>2</sup>Die Austrittserklärung kann in diesem Fall von dem sorgeberechtigten Elternteil ohne Mitwirkung des Vormunds oder Pflegers abgegeben werden.

5.5.4 Steht das Sorgerecht für das Kind einem Vormund oder Pfleger allein zu, kann er den Austritt für das Kind nicht erklären (§ 3 Abs. 2 Satz 6 RKEG).

## 6. Bestimmtheit der Austrittserklärung

6.1 <sup>1</sup>Eine Austrittserklärung muss als amtsempfangsbedürftige rechtsgestaltende Willenserklärung inhaltlich so bestimmt sein, dass sie den Willen des Erklärenden eindeutig erkennen lässt. <sup>2</sup>Der Austritt darf nicht unter einer Bedingung, Einschränkung oder einem Vorbehalt erklärt werden (§ 2 Abs. 2 Satz 3 AVKirchStG). <sup>3</sup>Austrittserklärungen mit derartigen Zusätzen sind unwirksam.

6.2 <sup>1</sup>Insbesondere sind Erklärungen, mit denen beabsichtigt wird, sich nur der Kirchensteuerpflicht zu entledigen, unwirksam. <sup>2</sup>Das gilt z. B. für Erklärungen, die mit der Absicht verbunden sind, der Glaubensgemeinschaft weiterhin angehören zu wollen.

## 7. Wirksamkeit der Austrittserklärung

7.1 <sup>1</sup>Der Standesbeamte hat nach bzw. bei Zugang der Erklärung insbesondere seine Zuständigkeit und die Voraussetzungen für die Abgabe der Erklärung zu prüfen. <sup>2</sup>Außerdem hat er sich bei einer mündlichen Vorsprache Gewissheit über die Person des Erklärenden zu verschaffen. <sup>3</sup>Wird eine Austrittserklärung schriftlich erklärt, ist die Unterschrift des Erklärenden öffentlich zu beglaubigen oder die Erklärung selbst notariell zu beurkunden (Art. 3 Abs. 4 Satz 2 KirchStG, § 129 BGB). <sup>4</sup>Die Beglaubigung der Unterschrift auf einer schriftlichen Austrittserklärung durch eine Behörde oder einen anderen Standesbeamten ist nicht zulässig.

<sup>5</sup>Ein Nachweis über die Zugehörigkeit zur Kirche, Religionsgemeinschaft oder weltanschaulichen Gemeinschaft, aus der der Erklärungswillige austreten will, ist nicht zu verlangen.

7.2 <sup>1</sup>Mit dem Zugang einer Erklärung beim zuständigen Standesamt, die diejenigen Anforderungen des § 2 Abs. 2 AVKirchStG erfüllt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Kirchenaustritt stehen, ist der Austritt wirksam. <sup>2</sup>Das Fehlen rein formeller personenstandsrechtlicher Anforderungen, wie etwa die Angabe von Kennzeichen und Führungsort des Familienbuches sowie ggf. des Familienstandes, hat auf den Zeitpunkt der Wirksamkeit der Erklärung keinen Einfluss.

<sup>3</sup>Eine schriftliche Erklärung ist dem zuständigen Standesamt zugegangen, wenn die Erklärung

in die Verfügungsgewalt der Behörde gelangt ist. <sup>4</sup>Nicht erforderlich ist, dass der Standesbeamte von der Austrittserklärung Kenntnis genommen hat.

7.3 <sup>1</sup>Der Zugang einer mündlichen oder schriftlichen Austrittserklärung bei einem unzuständigen Standesamt hat keine Wirkungen. <sup>2</sup>Eine Erklärung mit Rückwirkung ist nicht möglich.

7.4 Die Kirchensteuerpflicht endet gemäß Art. 6 Abs. 3 KirchStG mit dem Ablauf des Kalendermonats, in dem die Austrittserklärung dem zuständigen Standesamt zugegangen ist.

## 8. Zurückweisung einer Austrittserklärung durch das Standesamt

<sup>1</sup>Eine Austrittserklärung, bei der insbesondere die formellen, persönlichen und inhaltlichen Wirksamkeitsvoraussetzungen nicht vorliegen, kann nicht wirksam abgegeben werden. <sup>2</sup>Der Erklärungswillige ist auf den Mangel hinzuweisen. <sup>3</sup>Lässt sich der Mangel nicht beheben oder ist der Erklärungswillige nicht bereit, an der Behebung des Mangels mitzuwirken, hat das Standesamt die Unwirksamkeit der Austrittserklärung schriftlich festzustellen. <sup>4</sup>Die Entscheidung des Standesbeamten ist keine Amtshandlung im Sinn des Personenstandsgesetzes, sondern ein Verwaltungsakt im Sinn von Art. 35 BayVwVfG, gegen den die Rechtsbehelfe bzw. Rechtsmittel nach der Verwaltungsgerichtsordnung möglich sind.

## 9. Niederschrift über die mündliche Austrittserklärung

<sup>1</sup>Über die mündliche Austrittserklärung nimmt der Standesbeamte eine Niederschrift auf. <sup>2</sup>Neben der Erklärung über den Austritt sind in die Niederschrift die Bezeichnung des Standesamts, der Ort und der Tag der Abgabe der Erklärung und ein Hinweis, wie sich der Standesbeamte Gewissheit über die Person des Erklärenden verschafft hat, sowie folgende Angaben zur Person des Erklärenden aufzunehmen:

- a) Vor- und Familiennamen, gegebenenfalls auch Geburtsname,
- b) Tag und Ort der Geburt,
- c) Wohnsitz oder ständiger Aufenthalt,
- d) Beruf,
- e) Familienstand,
- f) Kennzeichnung und Führungsort des Familienbuches bei Personen, die verheiratet sind oder waren,
- g) Tag und Ort der Eheschließung, wenn noch kein Familienbuch angelegt ist,
- h) Ort und Pfarrei der Taufe (diese Angabe ist freiwillig).

<sup>3</sup>Wird die Erklärung nur für ein minderjähriges Kind abgegeben, genügt es, den Erklärenden mit Familienname, Vornamen, Geburtstag und -ort, Wohnort und Wohnung zu bezeichnen und

einen Nachweis über die Vertretungsbefugnis anzufügen sowie im Fall der Nr. 5.5.1 zu vermerken, dass die Entscheidung des Vormundschaftsgerichtes nach § 2 RKEG vorliegt.

<sup>4</sup>Wird die Erklärung für ein minderjähriges oder von einem minderjährigen Kind abgegeben, welches das 12., aber noch nicht das 14. Lebensjahr vollendet hat, ist die Zustimmung des Kindes nach § 5 Satz 2 RKEG bzw. die Zustimmung der Eltern zu vermerken.

<sup>5</sup>Der Standesbeamte hat die Niederschrift dem Erklärenden vorzulesen, der Erklärende muss sie genehmigen und eigenhändig unterschreiben. <sup>6</sup>Der Standesbeamte hat dies in der Niederschrift festzustellen und die Niederschrift zu unterschreiben und mit dem Dienstsiegel zu versehen.

<sup>7</sup>Bei Sprach- und Verständigungsschwierigkeiten gelten die §§ 52, 53 der Dienstanweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden entsprechend.

<sup>8</sup>Ehegatten können den Austritt gemeinsam erklären, wenn er sich auf die selbe Kirche, Religionsgemeinschaft oder weltanschauliche Gemeinschaft bezieht. <sup>9</sup>Die Eltern können den Austritt zugleich für ihre Kinder unter 14 Jahren erklären, wenn ihnen das gemeinsame Sorgerecht obliegt. <sup>10</sup>Die Zustimmung eines Kindes, welches das 12. Lebensjahr vollendet hat (vgl. Nr. 5.2 und § 5 Satz 2 RKEG), kann auch in die Niederschrift aufgenommen werden. <sup>11</sup>Im Übrigen ist für jede Austrittserklärung eine gesonderte Niederschrift aufzunehmen.

## 10. Bestätigung der Austrittserklärung

10.1 <sup>1</sup>Im Fall eines mündlich erklärten Austritts erhält der Erklärende vom Standesamt auf Antrag eine Ausfertigung der aufgenommenen Niederschrift. <sup>2</sup>Auf dieser Ausfertigung ist der Tag der Entgegennahme der Erklärung durch den Standesbeamten zu bestätigen.

10.2 <sup>1</sup>Ist dem zuständigen Standesamt eine wirksame schriftliche Austrittserklärung zugegangen, ist dies dem Erklärenden auf Antrag zu bestätigen. <sup>2</sup>Die Bestätigung hat die unter Nr. 9 aufgeführten Angaben (Angaben über Ort und Pfarrei allerdings nur soweit bekannt) sowie die entsprechenden Angaben über die von der Erklärung erfassten minderjährigen Kinder zu enthalten.

## 11. Kosten

Für Amtshandlungen der Standesbeamten werden Kosten nach Maßgabe der bayerischen kostenrechtlichen Vorschriften erhoben.

## 12. Übertritt von einer Kirche zu einer anderen

<sup>1</sup>Der Übertritt von einer Kirche, Religionsgemeinschaft oder weltanschaulichen Gemeinschaft, die Körperschaft des öffentlichen Rechts ist, zu einer anderen Kirche, Religionsgemeinschaft oder weltanschaulichen Gemeinschaft ist als Austritt im Sinn des Art. 3 Abs. 4 KirchStG, § 2 AVKirchStG und als Eintritt im Sinn des

Art. 3 Abs. 3 KirchStG zu behandeln. <sup>2</sup>Hinsichtlich des Austritts aus der bisherigen Gemeinschaft ist nach dieser Bekanntmachung zu verfahren; der Eintritt in die neue Gemeinschaft richtet sich nach deren Satzung.

## 13. Mitteilungen an andere Behörden

Vom wirksamen Austritt aus einer Kirche, Religionsgemeinschaft oder weltanschaulichen Gemeinschaft hat der Standesbeamte folgende Behörden durch Übersendung einer beglaubigten Kopie der Niederschrift über die mündliche Austrittserklärung (Nr. 9) oder im Fall einer schriftlichen Austrittserklärung durch Übersendung einer beglaubigten Kopie der Bestätigung (Nr. 10.2) oder, wenn eine Bestätigung nicht beantragt wird, durch eine der Bestätigung entsprechende Mitteilung zu benachrichtigen:

- a) das für den Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt des Ausgetretenen zuständige Finanzamt,
- b) den für die Erhebung der Kirchensteuer zuständigen gemeinschaftlichen Steuerverband (Kirchensteueramt) in zweifacher Fertigung mit der Maßgabe, dass der Steuerverband eine Fertigung der Durchschrift an das zuständige Organ der betroffenen Kirche, Religionsgemeinschaft oder weltanschaulichen Gemeinschaft weiterleitet,
- c) die für die Hauptwohnung zuständige Meldebehörde und
- d) den zur Fortführung des Familienbuches bzw. des Heiratsbuches zuständigen Standesbeamten (§ 14 Nr. 7 PStG, § 18 Abs. 1 Nr. 4 PStV).

## 14. Aufbewahrung der Austrittserklärungen

Die Standesämter haben die Austrittserklärungen nach ihrem zeitlichen Anfall geordnet und nummeriert in besonderen Sammelakten jahrgangsweise zu verwahren und ein alphabetisch geordnetes Namensverzeichnis zu führen.

## 15. Schlussbestimmung

<sup>1</sup>Die Gemeinsame Bekanntmachung der Bayer. Staatsministerien für Unterricht und Kultus und des Innern vom 9. September 2004 (KWMBI I S. 331, AllMBI S. 521), wird aufgehoben. <sup>2</sup>Vordrucke, die den Mindestanforderungen an die Niederschrift (Nr. 9) und an die Bestätigung (Nr. 10.2) entsprechen, können weiter verwendet werden.

Schuster  
Ministerialdirektor

Erhard  
Ministerialdirektor



2210.1.1.5-WFK

## **Beschäftigung von Lektoren (Lektorenordnung – LektO)**

### **Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

**vom 8. März 2007 Az.: X/1-10a/23 887**

Das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst erlässt für die Beschäftigung von Lektoren an Universitäten gemäß Art. 24 Abs. 2 Satz 2 und Art. 42 Satz 2 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen sowie des weiteren wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den Hochschulen (Bayerisches Hochschulpersonalgesetz – BayHSchPG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 230, BayRS 2030-1-2-WFK) im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen die nachfolgenden Verwaltungsvorschriften:

#### **1. Aufgaben**

Als Lektoren werden an Universitäten fremdsprachliche Lehrkräfte für die Ausbildung in lebenden Fremdsprachen beschäftigt. Den Lektoren obliegt als Lehrkräften für besondere Aufgaben (Art. 24 BayHSchPG) überwiegend die Vermittlung praktischer Fertigkeiten und Kenntnisse in ihrer Muttersprache und je nach der Ausgestaltung ihres Dienstverhältnisses auch die Vermittlung von Kenntnissen über die Kultur ihres Herkunftslandes. Bei der Lehrtätigkeit soll ein enger und aktueller Kontakt mit dem entsprechenden Sprachkreis gewahrt werden. Neben der Lehrtätigkeit können Lektoren je nach der Ausgestaltung ihres Dienstverhältnisses zur Erfüllung sonstiger Dienstaufgaben in den Einrichtungen, denen sie zugeordnet sind, herangezogen werden.

#### **2. Einstellungsvoraussetzungen**

Als Lektor kann eingestellt werden, wer

- a) ein abgeschlossenes Hochschulstudium in anderen als Fachhochschulstudiengängen oder ein in einem förmlichen Verfahren als laufbahnrechtlich gleichwertig anerkanntes Studium in einem Fachhochschulstudiengang in einem für die Lehrtätigkeit geeigneten Fachgebiet nachweist;
- b) in der Regel eine mehrjährige hauptberufliche Tätigkeit in der Fremdsprachenausbildung oder eine der Tätigkeit als Lektor förderliche mehrjährige hauptberufliche Tätigkeit im Herkunftsland ausgeübt hat und
- c) angemessene Kenntnisse der deutschen Sprache besitzt.

Die Hochschulen können aus dringenden dienstlichen Gründen Ausnahmen von dem Erfordernis einer mehrjährigen hauptberuflichen Tätigkeit zulassen.

#### **3. Dienstverhältnis**

Die Lektoren werden in einem Beschäftigungsverhältnis eingestellt, das in der Regel befristet ist. Das

Nähere zu Arbeitszeit, Entgelt und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses regelt der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L). Lektoren werden grundsätzlich der Entgeltgruppe 13 des TV-L zugeordnet, es sei denn, es liegen im konkreten Fall nur die Voraussetzungen für eine Eingruppierung in einer niedrigeren Entgeltgruppe vor.

Die sachlichen Gründe für die Befristung und ihre Dauer sind im Arbeitsvertrag anzugeben. Sie müssen den Vorgaben der §§ 14 ff. des Teilzeit- und Befristungsgesetzes vom 21. Dezember 2000 (BGBl I S. 1966), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 24. Dezember 2003 (BGBl I S. 3002), entsprechen.

Das Beschäftigungsverhältnis endet, unbeschadet der Befristung oder einer Kündigung, wenn die Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert oder widerrufen wird. Eine entsprechende Vereinbarung ist in den Arbeitsvertrag aufzunehmen.

#### **4. Umfang der Lehrverpflichtung; Erfüllung der sonstigen Aufgaben**

Der Umfang der Lehrverpflichtung der Lektoren beträgt bei fast ausschließlicher Lehrtätigkeit 18, bei überwiegender Lehrtätigkeit mindestens 13 Lehrveranstaltungsstunden. Neben ihrer Lehrtätigkeit wirken die Lektoren innerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit an den übrigen Aufgaben der Hochschuleinrichtung, der sie zugeordnet sind, mit; dies gilt auch während der vorlesungsfreien Zeit. Lektoren können nach Maßgabe der einschlägigen rechtlichen Bestimmungen insbesondere der Hochschulprüfungsverordnung auch zur Mitwirkung an Prüfungen herangezogen werden.

#### **5. Inkrafttreten, Übergangs- und Schlussvorschriften**

Diese Verwaltungsvorschriften treten mit Wirkung vom 1. April 2007 in Kraft. Lektoren, deren Arbeitsverhältnis am 31. Oktober 2006 bestanden hat, sind für die Dauer des ununterbrochen fortbestehenden Arbeitsverhältnisses vom Geltungsbereich des TV-L ausgenommen; dies gilt auch dann, wenn das ununterbrochen fortbestehende Arbeitsverhältnis nach dem 31. Oktober 2006 verlängert wird, sofern die übrigen Vertragsbedingungen nicht geändert werden. Für diese Arbeitsverhältnisse gelten die Vorschriften der Lektorenordnung vom 10. Oktober 2002 (KWMBI I S. 372) mit der Maßgabe fort, dass die in Nrn. 3 und 6 genannten Vorschriften des BAT sowie der Tarifverträge über eine Zuwendung für Angestellte, über ein Urlaubsgeld für Angestellte und über Zulagen an Angestellte mit Wirkung vom 1. November 2006 durch die entsprechenden Vorschriften des TV-L bzw. des Tarifvertrags zur Überleitung der Beschäftigten der Länder in den TV-L ersetzt werden, soweit nicht einzelvertraglich etwas anderes bestimmt ist.

Im Übrigen tritt die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst über die Beschäftigung von Lektoren vom 10. Oktober 2002 (KWMBI I S. 372), ge-

ändert am 26. August 2005 (KWMBI I S. 365), außer Kraft.

Dr. Friedrich Wilhelm R o t h e n p i e l e r  
Ministerialdirektor

KWMBI I 2007 S. 177

2038.3.2-I

**Stoffpläne für die Ausbildung  
der Beamten des mittleren  
feuerwehrtechnischen Dienstes**

**Gemeinsame Bekanntmachung  
der Bayerischen Staatsministerien  
des Innern  
und**

**für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

**vom 16. April 2007 Az.: IB2-0605.2-29 und  
Az.: IX/3-H 2361.TUM.2.0-9c/5 682**

Gemäß § 13 Abs. 3 und § 14 Abs. 2 Satz 2 der Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Beamten der Laufbahnen des feuerwehrtechnischen Dienstes (ZAPO-Fw) vom 17. September 1993 (GVBl S. 738), zuletzt geändert am 17. März 2006 (GVBl S. 171), werden die in der Anlage dargestellten Stoffpläne A und B als Grundlage für die Ausbildung der Beamten der Laufbahn des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes bestimmt.

Der Stoffplan A gilt für den Grundlehrgang (§ 13 Abs. 2 und 3 ZAPO-Fw), der mindestens 860 Ausbildungsstunden zu je 45 Minuten umfasst. Darin sind nicht enthalten die erforderlichen Zeiten für:

- die Lehrgangsorganisation (z. B. Ausgabe der Schutzkleidung),
- den technischen Dienst (z. B. Pflege- und Wartungsarbeiten an Fahrzeugen und Geräten) und
- die Anstellungsprüfung für den mittleren feuerwehrtechnischen Dienst.

Dies gilt entsprechend für den Stoffplan B, der Grundlage für den Hauptbrandmeisterlehrgang ist (§ 14 Abs. 2 ZAPO-Fw), der mindestens 560 Ausbildungsstunden zu je 45 Minuten umfasst.

Die Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien des Innern und für Unterricht und Kultus vom 4. November 1983 (MABl S. 981) wird aufgehoben.

S c h u s t e r  
Ministerialdirektor

Dr. R o t h e n p i e l e r  
Ministerialdirektor

KWMBI I 2007 S. 178

**Anlage****Stoffpläne A und B****1. Theoretischer Unterricht**

<b>Ausbildungsstoff</b>	<b>Stoffplan A (§ 13 Abs. 3 ZAPO-Fw)</b>	<b>Stoffplan B (§ 14 Abs. 2 Satz 2 ZAPO-Fw)</b>
<b>1.1 Grundlagen</b>		
1.1.1 Allgemeine Grundlagen		
1.1.1.1 Deutsch	X	-
1.1.1.2 Staatsbürgerkunde	X	-
1.1.2 Naturwissenschaft und Technik		
1.1.2.1 Chemie	X	X
1.1.2.2 Verbrennungslehre	X	X
1.1.2.3 Wärmelehre	X	X
1.1.2.4 Mechanik	X	X
1.1.2.5 Baukunde	X	X
1.1.2.6 Elektrizitätslehre	X	X
1.1.3 Recht und Verwaltung		
1.1.3.1 Feuerwehr- und Brandschutzrecht	X	X
1.1.3.2 Rechtsgrundlagen des Katastrophenschutzes	-	X
1.1.3.3 Feuerwehr im Straßenverkehr	X	X
1.1.3.4 Beamtenrecht	X	*
1.1.3.5 Personalvertretungsrecht	X	-
1.1.3.6 Haushaltswesen	-	X
1.1.4 Organisation und Dienstbetrieb		
1.1.4.1 Organisation der Feuerwehren	X	X
1.1.4.2 Dienstordnung	X	X
1.1.4.3 Dienstlicher Schriftverkehr / Berichte	X	X
1.1.4.4 Kommunikationswesen	X	X
1.1.4.5 Feuerwehr und Polizei	X	X

1.1.4.6	Feuerwehr und Rettungsdienst	-	X
1.1.4.7	Kennzeichnungsverordnung / Bekleidungsordnung	X	-
1.1.4.8	Verhalten inner- und außerdienstlich	X	-
1.1.4.9	Aufgaben des Hauptbrandmeisters	-	X
1.1.4.10	Menschenführung	-	X
1.1.4.11	Personalbeurteilung	-	X
1.1.4.12	Unterrichten und Lehren	-	X
1.1.4.13	Stressbewältigung	X	X
1.1.4.14	Suchtprävention	X	X
<b>1.2</b>	<b>Fahrzeug- und Gerätekunde</b>		
1.2.1	Allgemeines		
1.2.1.1	Normung	X	*
1.2.1.2	Unfallverhütung / Geräteprüfung	X	X
1.2.2	Fahrzeugkunde		
1.2.2.1	Fahrzeugtechnik	-	X
1.2.2.2	Feuerwehrfahrzeuge	X	X
1.2.3	Gerätekunde		
1.2.3.1	Atemschutz	X	X
1.2.3.2	Klein- und Sonderlöschgeräte	X	X
1.2.3.3	Kommunikationsgeräte	X	X
1.2.3.4 - 1.2.3.5	(frei)		
1.2.3.6	Körperschutz / Schutzkleidung	X	-
1.2.3.7	Armaturen und Zubehör	X	-
1.2.3.8	Schläuche	X	-
1.2.3.9	Pumpen und Entlüftungseinrichtungen	X	-
1.2.3.10	Rettungsgeräte	X	-
1.2.3.11	Arbeitsgeräte	X	-
1.2.3.12	(frei)		
1.2.3.13	Gerätetechnische Neu- und Weiterentwicklung	-	*
1.2.3.14	Motorsäge	X	-



<b>1.3</b>	<b>Einsatzlehre</b>		
1.3.1	Allgemeines		
1.3.1.1	Allgemeines zu den FwDV'en	X	-
1.3.1.2	Gefahren der Einsatzstelle	X	X
1.3.1.3	Karten- und Plankunde	X	X
1.3.1.4	Einsatzplanung und -vorbereitung	-	X
1.3.1.5	Führen im Einsatz	-	X
1.3.1.6	Planübungen / Taktik	-	X
1.3.1.7	Einsatzhygiene	X	-
1.3.2	Rettungsdienstausbildung Teil 1 (first responder)	X	-
1.3.3	R-Einsätze		
1.3.3.1	FwDV 13	X	X
1.3.3.2	Kfz-Unfälle	X	X
1.3.3.3	Unfälle mit Schienenfahrzeugen	X	X
1.3.3.4	Unfälle mit Luftfahrzeugen	X	*
1.3.3.5	Wasser- und Eisrettung / Tauchereinsätze	X	X
1.3.3.6	Betriebsunfälle	X	X
1.3.3.7	Aufzüge und Fördereinrichtungen	X	X
1.3.3.8	Hochbau-, Tiefbau- und Silounfälle	X	X
1.3.3.9	Hochwasser- und Umweterschäden	X	X
1.3.3.10	Tierunfälle	X	X
1.3.3.11	Absturzsicherung und Höhenrettung	X	X
1.3.4	L-Einsätze		
1.3.4.1	FwDV 3	X	X
1.3.4.2	Löschmittel, Löschmethoden	X	X
1.3.4.3	Löschwasserförderung	X	X
1.3.4.4	Brandursachen	X	X
1.3.4.5	Brandrauch	X	-
1.3.4.6	Brandverlauf	X	-
1.3.4.7	Überdruckbelüftung	X	X

1.3.4.8	Brände in unterirdischen Anlagen / Stosstrupptaktik	-	X
1.3.5	Einsätze mit gefährlichen Stoffen und Gütern		
1.3.5.1 – 1.3.5.10 (frei)			
1.3.5.11	Naturwissenschaftliche Grundlagen für den ABC-Einsatz	X	X
1.3.5.12	FwDV 500 / ABC-Einsatztaktik	X	X
1.3.5.13	Erkennen von ABC-Gefahren	X	X
1.3.5.14	Stoffinformationen / Nachschlagewerke	X	X
1.3.5.15	ABC-Nachweis / Messgeräte	X	X
1.3.5.16	Dekontamination	X	X
1.3.5.17	Zusammenarbeit im ABC-Einsatz	-	X
<b>1.4</b>	<b>Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz (VBG)</b>		
1.4.1	Einführung in den VBG		
1.4.1.1	Einsatzbezogene Grundlagen des VBG	X	-
1.4.1.2	Gesetze und Verordnungen	-	X
1.4.2	Brandsicherheitswachdienst	X	X
1.4.3	Brandschutzeinrichtungen		
1.4.3.1	Löschwasserversorgung	X	-
1.4.3.2	Brandmeldeanlagen und Schließanlagen	X	X
1.4.3.3	Ortsfeste Löschanlagen, Rauch- und Wärmeabzugsanlagen (RWA)	X	X
<b>1.5</b>	<b>Lehrproben</b>	-	X

Legende:

X	im jeweiligen Stoffplan enthalten
-	im jeweiligen Stoffplan nicht enthalten
*	nach Maßgabe des Standorts im jeweiligen Stoffplan enthalten

## 2. Übungen

### **Stoffplan A (§ 13 Abs. 3 ZAPO-FW)**

Übungen ist besondere Bedeutung zuzumessen. Die bei den theoretischen Unterrichten „Fahrzeug- und Gerätekunde“ und „Einsatzlehre“ behandelten Ausbildungsgegenstände sind unter einsatznahen Bedingungen so zu üben, dass der Brandmeisteranwärter nach Abschluss des Grundlehrgangs innerhalb einer taktischen Einheit der Feuerwehr unter Führung einsetzbar ist.

### **Stoffplan B (§ 14 Abs. 2 Satz 2 ZAPO-Fw)**

Übungen und theoretischer Unterricht sind im Hauptbrandmeisterlehrgang gleichgewichtig. Die bei den theoretischen Unterrichten „Fahrzeug- und Gerätekunde“ sowie „Einsatzlehre“ behandelten Ausbildungsgegenstände sind unter einsatznahen Bedingungen so zu üben, dass der Beamte nach Abschluss des Hauptbrandmeisterlehrgangs in der Lage ist, taktische Einheiten der Berufsfeuerwehr zu führen.

## 3. Leistungsnachweise

Im Grundlehrgang sind mindestens zehn, im Hauptbrandmeisterlehrgang mindestens fünf Leistungsnachweise (Aufsichtsarbeiten zu je 45 Minuten, sonstige Aufgaben) zu fordern. Die einzelnen Leistungen werden mit den in der Allgemeinen Prüfungsordnung bezeichneten Noten bewertet, bekannt gegeben und besprochen.

## 4. Sonstige Ausbildungsformen

Bestandteile des Grundlehrgangs sind außerdem:

- Besichtigungen sowie
- Sport, insbesondere
  - Erwerb des Deutschen Sportabzeichens oder des Bayerischen Sportleistungsabzeichens nach Maßgabe des Standorts und
  - Erwerb des Rettungsschwimmabzeichens – Bronze.

2030.5.1-UK

**Änderung der Bekanntmachung  
über die Unterrichtspflichtzeit  
der Lehrer und Fachlehrer an  
Grundschulen und Hauptschulen**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums  
für Unterricht und Kultus**

**vom 19. April 2007 Az.: IV.6-5 P 7004-4.37 670**

1. Die Bekanntmachung über die Unterrichtspflichtzeit der Lehrer und Fachlehrer an Grundschulen und Hauptschulen vom 10. Mai 1994 (KWMBI I S. 136), zuletzt geändert durch Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 19. August 2004 (KWMBI I S. 306), wird wie folgt geändert:
- 1.1 Nr. 1.3.4 wird gestrichen
- 1.2 Es wird folgende Nr. 1.7 eingefügt:  
„Die Unterrichtspflichtzeit für Englisch-/Französischlehrer beträgt 26 Unterrichtsstunden.“
- 1.3 Nr. 2.2.4 wird gestrichen.
- 1.4 Die bisherige Nr. 2.2.5 wird zu Nr. 2.2.4
- 1.5 In Nr. 3.1.1 wird bei 301 bis 360 Schüler die Zahl „15“ durch die Zahl „16“ ersetzt.
- 1.6 In Nr. 3.2.1 wird die Zahl „110“ durch die Zahl „95“ ersetzt.
2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. September 2007 in Kraft. Abweichend hiervon tritt Nr. 1.1 bis Nr. 1.4 mit Wirkung vom 1. November 2006 in Kraft.

E r h a r d  
Ministerialdirektor

KWMBI I 2007 S. 184

geändert durch Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus vom 19. August 2004 (KWMBI I S. 306), wird wie folgt geändert:

Nr. 2.1.4 erhält folgende Fassung:

„Heilpädagogische Förderlehrer,  
Werkmeister und sonstiges  
Personal für heilpädagogische  
Unterrichtshilfe 29 Unterrichtsstunden“

Die Fußnote 1 wird gestrichen.

2. Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. November 2006 in Kraft.

Dr. Berggreen-Merkel  
Ministerialdirigentin

KWMBI I 2007 S. 184

2230.1.1.1.1.4-UK

**Zulassung von Lernmitteln**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums  
für Unterricht und Kultus**

**vom 14. Mai 2007 Az.: III.4-5 S 1321.1-5.52 411**

Die nachstehend aufgeführten Lernmittel werden zum Gebrauch im Unterricht an den bayerischen Schulen für die im Einzelnen angegebenen Schularten zugelassen.

Die mit <sup>R</sup> gekennzeichneten Werke verwenden die neue Rechtschreibung und berücksichtigen die vom Rat für deutsche Rechtschreibung vorgelegten und von der Kultusministerkonferenz Anfang März 2006 beschlossenen Änderungen.

**Lernmittelfreie Lernmittel**

**Allgemein bildende Schulen**

**Grundschule**

**Deutsch – Lesen und mit Literatur umgehen**

**Diesterweg Verlag, Braunschweig:**

**BAUSTEINE · Lesebuch, Bayern, Neubearbeitung,**  
hrsg. v. Emminger:

**R2:** ISBN 978-3-425-12742-2, Aufl. 07/**Druck A1**,  
16,95 €, ZN 17/07-V (30.05.07)

**Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:**

**Mobile Lesebuch, Bayern:**

**R2:** v. Blume u.a., ISBN 978-3-14-125342-9, Aufl.  
07/**Druck A1**, 18,50 €, ZN 34/07-V (30.05.07)

2030.5.1-UK

**Änderung der Bekanntmachung  
über die Unterrichtspflichtzeit  
an Förderschulen (einschließlich  
Schulvorbereitenden Einrichtungen)  
und an Schulen für Kranke**

**Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums  
für Unterricht und Kultus**

**vom 20. April 2007 Az.: IV.9-5 P 8004-4.40 999**

1. Die Bekanntmachung über die Unterrichtspflichtzeit an Förderschulen (einschließlich Schulvorbereitenden Einrichtungen) und an Schulen für Kranke vom 10. Mai 1994 (KWMBI I S. 138), zuletzt



**Heimat- und Sachunterricht****Diesterweg Verlag, Braunschweig:***BAUSTEINE · Heimat- und Sachunterricht, Bayern, Neubearbeitung, v. Dettweiler u.a.:***R1:** ISBN 978-3-425-12771-2, Aufl. 07/**Druck A107**, 9,95 €, ZN 31/07-V (30.05.07)**Mathematik****Ernst Klett Verlag, Stuttgart:***Nussknacker · Mein Mathematikbuch, Bayern, hrsg. v. Maier:***R4:** ISBN 978-3-12-235540-1, 1. Aufl. 07, 15,95 €, ZN 52/07-V (30.05.07)**Schroedel Verlag, Braunschweig:***Welt der Zahl, Ausg. Bayern, hrsg. v. Rinkens/Hönisch:***R2:** ISBN 978-3-507-45242-8, Aufl. 07/**Druck A1**, 15,50 €, ZN 32/07-V (30.05.07)**Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:***Denken und Rechnen, Bayern, hrsg. v. Maier:***R2:** ISBN 978-3-14-121482-6, Aufl. 07/**Druck A1**, 16,50 €, ZN 57/07-V (30.05.07)**Förderschulen und Schulen für Kranke****Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung****Förderschwerpunkt emotionale und soziale  
Entwicklung****Cornelsen Verlag, Berlin/München:****Klick! Lesen:****R4:** v. Dreßler-Quade u.a., ISBN 978-3-06-080685-0, 1. Aufl. 07, 6,50 €, ZN 55/07-S (30.05.07), zugel. an allen VS z. sonderpäd. Förderung i.d. Grundschulst.**Förderschwerpunkt geistige Entwicklung****Cornelsen Verlag, Berlin/München:****Klick! Lesen:****R4:** v. Dreßler-Quade u.a., ISBN 978-3-06-080685-0, 1. Aufl. 07, 6,50 €, ZN 55/07-S (30.05.07), zugel. an allen VS z. sonderpäd. Förderung i.d. Grundschulst.**Förderschwerpunkt Hören****Cornelsen Verlag, Berlin/München:****Klick! Lesen:****R4:** v. Dreßler-Quade u.a., ISBN 978-3-06-080685-0, 1. Aufl. 07, 6,50 €, ZN 55/07-S (30.05.07), zugel. an allen VS z. sonderpäd. Förderung i.d. Grundschulst.**Förderschwerpunkt körperliche und  
motorische Entwicklung****Cornelsen Verlag, Berlin/München:****Klick! Lesen:****R4:** v. Dreßler-Quade u.a., ISBN 978-3-06-080685-0,

1. Aufl. 07, 6,50 €, ZN 55/07-S (30.05.07), zugel. an allen VS z. sonderpäd. Förderung i.d. Grundschulst.

**Förderschwerpunkt Lernen****Deutsch****Cornelsen Verlag, Berlin/München:****Klick! Lesen:****R4:** v. Dreßler-Quade u.a., ISBN 978-3-06-080685-0, 1. Aufl. 07, 6,50 €, ZN 55/07-S (30.05.07), zugel. an allen VS z. sonderpäd. Förderung i.d. Grundschulst.**Förderschwerpunkt Sehen****Cornelsen Verlag, Berlin/München:****Klick! Lesen:****R4:** v. Dreßler-Quade u.a., ISBN 978-3-06-080685-0, 1. Aufl. 07, 6,50 €, ZN 55/07-S (30.05.07), zugel. an allen VS z. sonderpäd. Förderung i.d. Grundschulst.**Förderschwerpunkt Sprache****Cornelsen Verlag, Berlin/München:****Klick! Lesen:****R4:** v. Dreßler-Quade u.a., ISBN 978-3-06-080685-0, 1. Aufl. 07, 6,50 €, ZN 55/07-S (30.05.07), zugel. an allen VS z. sonderpäd. Förderung i.d. Grundschulst.**Realschule****Deutsch – Sprachlehre und Rechtschreiben****C.C. Buchners Verlag, Bamberg:****Ganz einfach Deutsch:****RGrammatik:** v. Rötzer, ISBN 978-3-7661-4170-5, 1. Aufl. 07, 9,90 €, ZN 75/07-R(G8) (30.05.07)**Mathematik****C.C. Buchners Verlag, Bamberg:****Thema Mathe (R6), hrsg. v. Reich/Rothmeier:****R10 II:** ISBN 978-3-7661-6030-0, 1. Aufl. 07, 20,40 €, ZN 42/07-R6 (30.05.07)**Lernmittel, die nur unter den Voraussetzungen des Art. 21 Abs. 3 Satz 2 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes vom 31. Mai 2000 (GVBl S. 455, KWMBI I S. 251), lernmittelfrei sind****Allgemein bildende Schulen****Hauptschule****Geschichte / Sozialkunde / Erdkunde****Cornelsen Verlag, Berlin/München:****Hinweis:**

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Ausgabe weiterhin als zugelassen:

**R***Unsere Welt – Mensch und Raum*, Atlas für Bayern, ISBN 978-3-464-08143-3, Ausg. 07, 19,95 €, ZN 158/89-V(R) (30.05.07)

### Realschule

#### Erdkunde

**Cornelsen Verlag, Berlin/München:**

Hinweis:

Das nachfolgend genannte Werk gilt nach § 17 Abs. 2 ZLV in seiner bezeichneten Ausgabe weiterhin als zugelassen:

**R***Unsere Welt – Mensch und Raum*, Atlas für Bayern, ISBN 978-3-464-08143-3, Ausg. 07, 19,95 €, ZN 59/90-R(V) (30.05.07)

**Nicht lernmittelfreie, aber zulassungspflichtige Lernmittel**

**Allgemein bildende Schulen**

### Grundschule

#### Mathematik

**Ernst Klett Verlag, Stuttgart:**

**Nussknacker · Mein Arbeitsheft**, Bayern, hrsg. v. Maier:

**R4:** ISBN 978-3-12-235542-5, 1. Aufl. 07, 7,50 €, ZN 53/07-V (30.05.07)

**Westermann Schulbuchverlag, Braunschweig:**

**Denken und Rechnen – Arbeitsheft**, Bayern, hrsg. v. Maier:

**R2:** ISBN 978-3-14-122482-5, Aufl. 07/**Druck A1**, 7,75 €, ZN 58/07-V (30.05.07)

### Gymnasium

#### Französisch

**Cornelsen Verlag, Berlin/München:**

**À plus! Méthode intensive – Carnet d'activités**, v. Jorrißen, zugl. in Französisch als **3. FS:**

**R1 mit Audio-CD:** ISBN 978-3-06-020327-7, 1. Aufl. 07, 11,95 €, ZN 29/07-G8 (30.05.07), zugl. f.d. Jgst. 8; **die Zulassung bezieht sich nur auf das gedruckte Arbeitsheft**

**Lernmittel für Kurzschrift, Textverarbeitung und Textverarbeitung mit Kurzschrift, die an allen Schulen mit entsprechendem Unterricht verwendet werden dürfen**

#### Textverarbeitung

**ats AG, accelerated teaching solutions, Denia Provincia Alicante:**

**\*ats Computerschreiben in 4 Stunden**, Lektionen 1–4, Aufl. 05, 9,95 €, ZN 85/07-LKM (30.05.07) (**Auf die bei Bestellung durch Schulen abzuschließende Nutzungsvereinbarung des Verlages für das Lernmittel, insbesondere auf die Verpflichtung zum Einsatz von (seitens des Verlages kostenlos) geschultem Lehrpersonal, wird hingewiesen.**)

Die Zulassung der Unterrichtswerke tritt am 30. Mai 2007 in Kraft.

Erhard  
Ministerialdirektor